



## **Handel und Politik im Dialog**

HDE-Präsident. Josef Sanktjohanser

Deutscher Handelskongress, Berlin den 22. November 2012

### **Konjunkturfaktor Konsum – Europa braucht das Vertrauen der Verbraucher**

**Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

selten zuvor befand sich der Einzelhandel so unter dem Brennglas der Konjunkturforscher wie seit Ausbruch der Euro-Schuldenkrise. Der Einzelhandel ist mit seinen 3 Millionen direkt und Millionen weiteren indirekt Beschäftigten bei Lieferanten und Dienstleistern ein bedeutender Seismograf für die Konjunktur. Ist die Lage im Einzelhandel stabil, ist das eine gute Nachricht für den Arbeitsmarkt. Eine gute Konsumstimmung weist auf eine robuste Binnenkonjunktur hin. Und die hat sich in den Jahren der Krise als ein wesentlicher Stabilitätsfaktor erwiesen.

Der Einzelhandel ist die wichtigste Kraft der deutschen Binnenwirtschaft. Er ist einer der wichtigsten Arbeitgeber und Ausbilder. Ein ist noch immer überwiegend mittelständisch geprägt und vielfach von Inhabern geführt. Zahlreiche deutsche Händler sind international sehr wettbewerbsfähig und prägen heute schon stark das Bild der europäischen Handelslandschaft.

Der Einzelhandel sorgt für Wohlstand in Deutschland und Europa.

Mit insgesamt 6 Millionen Unternehmen (davon 95% KMU) und 31 Millionen Beschäftigten zählt der Einzelhandel auf unserem Kontinent traditionell zu den starken Stützen der Volkswirtschaft.

Der Konsum zeigt sich aktuell mit einer Erwartung von rund 1,5% Wachstum in diesem Jahr in einer guten Verfassung. Die Rahmenbedingungen stimmen: Rekordstand bei der Zahl der

Erwerbstätigen, eine positive Einkommensentwicklung und niedrige Zinsen wirken stärker in Richtung Verbraucher, als die Ängste um eine mögliche konjunkturelle Delle oder gar die Staatsschuldenkrise.

Keine Frage: Der Einzelhandel befürchtet weitreichende Folgen, wenn es in der Eurokrise nicht gelingt, den schmalen Grat zwischen Schulden- und Konjunkturrisiken zu meistern.

Dennoch überwiegt angesichts der engen Verflechtungen innerhalb unserer Volkswirtschaft und über die Grenzen hinaus das alles überragende gemeinsame Interesse an einer stabilen Eurozone als Voraussetzung dafür, dass Europa als Wirtschaftsraum international in der Spitzengruppe bleibt.

Wir unterstützen die Politik der Bundesregierung, in Europa und weltweit der verantwortungslosen Zockerei egoistischer Finanzakteure einen Riegel vorzuschieben und die Staatsschuldenkrise mit allen Mitteln und auch der notwendigen Balance zu bekämpfen. Sie gefährdet das Vermögen der Bürger und Unternehmen und letztlich den sozialen Frieden als hohes Gut unserer Demokratie.

Unsere ganze Sorge gilt der Verbraucherstimmung. Trotz Finanzkrise, ausgelöst 2008 durch die Lehmann-Pleite, ist sie erstaunlich robust. Bis hierher war also das Krisenmanagement der Bundesregierung zur Verhinderung eines Finanzcrashs erfolgreich. Soll der private Verbrauch weiter Stabilitätsmotor für die Binnenkonjunktur in Deutschland und Europa bleiben, muss jede Verunsicherung des Verbrauchers vermieden werden.

Verunsicherung ist der größte Konsumkiller mit einem unvermeidlichen negativen Dominoeffekt auf die Gesamtwirtschaft.

Das Fundamentalereignis – Verlust oder Niedergang des Euros darf auf keinen Fall eintreten.

Jenseits dieser Crash-Befürchtungen beklagt der Einzelhandel falsche politische Weichenstellungen. Dies gilt für die kalte Progression ebenso wie für die Energiewende. Mit Sorge beobachten wir die deutlich gestiegenen Kosten für Energie. Diese treffen uns als Einzelhandel doppelt: Einerseits steigen die Kosten der Unternehmen unmittelbar, andererseits belasten die höheren Preise für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Brennstoffe) die Kaufkraft unserer Kunden. Dazu trägt das EEG in seiner aktuellen Verfassung maßgeblich bei. Die Energiewende, das ist klare Position des Handels, ist eine bedeutende Investition in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Doch die Kosten müssen fair verteilt werden. Fair

heißt nicht, dass nichtproduzierenden Branchen und private Haushalte die Rechnung für die befreiten Branchen mit übernehmen. Die Ausnahmen müssen überprüft und auf den Stand von 2008 zurückgefahren werden. Völlig indiskutabel ist die Offshore Umlage, welche die Risiken privater Unternehmen der Allgemeinheit überhilft.

(Wir erwarten, dass der Gesetzgeber hier einschreitet und den Kabinettsbeschluss zurückweist.)

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, das Verbrauchervertrauen ist ein hohes Gut. In Deutschland besteht dieses Vertrauen, was zugleich auch für das Krisenmanagement der Bundesregierung spricht.

Aber auch die Unternehmen brauchen Vertrauen in die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Nur diese ermöglichen sichere und wirtschaftlich effiziente Unternehmertätigkeit und Wertschöpfung. Übertragen auf den europäischen Binnenmarkt bedeutet dies konkret, dass Unternehmen überall die gleichen Wettbewerbsbedingungen und entsprechende rechtliche Strukturen vorfinden müssen. Wir erleben, dass vielerorts in Europa subtiler Protektionismus und Diskriminierung stattfindet, die dem europäischen Grundgedanken des freien Handels im Binnenmarkt entgegensteht.

Mit Sorge stellen wir fest, dass seit mehreren Jahren in einigen, vor allem osteuropäischen Staaten, Abschottungen von Märkten durch Handels-, Wirtschafts- und Steuergesetze, aber auch durch nationale Gerichtsentscheidungen, Code of Conducts oder politisch motivierte Kartellverfahren gegen vor allem ausländische Handelsunternehmen wirksam werden.

Schwerpunkt bei den neuen Wirtschaftsgesetzen sind insbesondere Änderungen bezüglich bisher nach EU-Recht zulässigen Einkaufskonditionen sowie die Einführung einer Pflicht zur Veröffentlichung von Vertragsbedingungen zwischen Händlern und ihren Lieferanten. Die Einschränkungen verstoßen auf elementare Weise gegen die Dienstleistungs-, Waren- und Niederlassungsfreiheit und stellen das gesamte Geschäftsmodell des Handels in Frage.

Nach 20 Jahren sollte eigentlich Schluss mit Diskriminierungen sein. Aktuell erleben wir leider das Gegenteil.

Ich freue mich, sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, dass Sie heute zu uns sprechen und heiße Sie auf dieser Bühne herzlich willkommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!